



Bürgerinitiative geht in die Luft Protest gegen Kohlekraftwerk mit Flugzeug und Luftballons

Mainz, 30.01.2007. Dreihundert schwarze Luftballons als Symbol für 300.000 € die täglich in Form von Kohle im geplanten Kohlekraftwerk ,auf der Ingelheimer Aue, verfeuert werden sollen, lässt die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) heute vor dem Mainzer Rathaus aufsteigen. An den Luftballons sind Postkarten befestigt, die über das klimapolitisch fragwürdige Vorhaben informieren.

„Mit dem Wind werden die Luftballons dorthin getrieben, wo später auch die Abgase des Kraftwerkes landen werden“, erläutert Christof Schulz, Sprecher von KoMa. „Außerdem sollen sie ein kleines Symbol für den massiven CO₂-Ausstoß des geplanten Kohlemeilers sein.“

Auch mit einem Flugzeug versucht die Bürgerinitiative Mainzer Bürger auf das aufmerksam zu machen, was zeitgleich im Mainzer Rathaus diskutiert wird. Auf dem Banner, das vom Flugzeug gezogen wird, ist zu lesen: „Mainz – kein Kohlestrom!“. Genau das ist die Forderung von 5200 Mainzer Bürgern, die den Einwohnerantrag unterstützen, der von BUND, Greenpeace und KoMa initiiert wurde.

„Wir fordern den Stadtrat und die Stadtwerke auf, sich anstelle des Kohlekraftwerkes wesentlich stärker als bisher im Bereich des Energiesparens und der erneuerbaren Energien zu engagieren“, macht Schulz deutlich.

Die Diskussion in den letzten Wochen lässt hingegen bei KoMa den Eindruck entstehen, dass an Alternativen kein echtes Interesse besteht. Bis heute wurde aus Sicht der Bürgerinitiative nicht ernsthaft geprüft, mit welchen erneuerbaren Potenzialen das Kohlekraftwerk ersetzt werden könnte. Stattdessen überbieten sich die großen Parteien darin, zu erläutern, wieso die Nutzung erneuerbare Energien nicht möglich sei. So hat die SPD das von unabhängigen Energie-Experten vorgestellte Biomasse-Alternativ-Konzept binnen kürzester Zeit für nicht umsetzbar erklärt, während die CDU-Chefin Litzenburger den Bau von Windrädern auf Mainzer Gemarkung ablehnte. „Würden die Politiker, die sicherlich auch heute wieder beteuern werden, Klimaschutz liege ihnen am Herzen, soviel Engagement für eine klimaschonende Energiepolitik aufbringen, wäre es um Mainz besser bestellt“, findet Schulz.